



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

28.03.2018

Niederschrift

über die 35. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 21.03.2018, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Bürgermeister Christian Gauf

Stadtvorstand

Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Anne Bauer

Gerhard Burkei

Evelyne Cleemann

Pascal Dahler

Hedi Danner

Kurt Dettweiler

Maria Goos-Hoefer

Thorsten Gries

Gerhard Hemmer

Andreas Hüther

Ingrid Kaiser

Annegret Kirchner

Elisabeth Metzger

Stephane Moulin

Volker Neubert

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler

Fritz Presl

Christina Rauch

Josef Reich

Walter Rimbrecht

Achim Ruf

Dr. Dietmar Runge

Gertrud Schanne-Raab

Gertrud Schiller

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Sabine Schmidt-Wilhelm
Bernhard Schneider
Dirk Schneider
Peter Schönborn
Elke Streuber
Pervin Taze
Manfred Weber

Protokollführung

Natascha Weick

von der Verwaltung

Heinz Braun
Dr. Annegret Bucher
Dr. Julian Dormann
Harald Ehrmann
Hermann Eitel
Jörg Eschmann
Heike Heb
Thilo Huble
Anne Kraft
Johannes Kuhn

Abwesend:

Ratsmitglieder

Judith Dahlhauser
Bernhard Düker
Thomas Eckerlein
Christian Fochs
Dr. Christoph Gensch
Dr. Norbert Pohlmann
Gabriele Vogelgesang

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Tagesordnung

- 1 Ergänzung von Ausschüssen
Vorlage: 10/1036/2018
- 2 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen
Vorlage: 20/1026/2018
- 3 Satzungsangelegenheit: Neufassung der Vergütungssteuersatzung der Stadt Zweibrücken
Vorlage: 20/1028/2018
- 4 Theater- und Konzertspielzeit 2018/2019 (von Oktober 2018 bis einschließlich April 2019) - Ermächtigung zum Abschluss von Gastspielverträgen
Vorlage: 41/1024/2018
- 5 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Aufstellung des Bebauungsplanes BH 20 „Wilkstraße“
 - Beschluss über die Fortführung des Verfahrens gem. § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung
 - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs.1 BauGB
 - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Scoping) gem. § 4 Abs. 1 BauGBVorlage: 60/1039/2018
- 6 Vergabeangelegenheit:
Erwerb einer Kommunallizenz von der KommWis GmbH für ein Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitungssystem (DMS/VBS-Gesamtlösung)
Vorlage: 10/1038/2018
- 7 Vergabeangelegenheit:
Vergabe des Personalabrechnungs- und Managementsystems P&I Loga im Hosting-Verfahren an das Rechenzentrum KDZ in Mainz
Vorlage: 10/1040/2018
- 8 Resolution zum Erhalt des Kundencenters der AOK in Zweibrücken
Vorlage: 10/1033/2018/2
- 9 Einzelhandelskonzept / Überprüfung der Zweibrücker Liste
Antrag der Fraktion der SPD
Vorlage: 10/1050/2018
- 10 Anfragen von Ratsmitgliedern
- 11 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert der Vorsitzende, dass zum TOP I/5 weitere Informationen vorlägen, die später dann erläutert werden.

Ratsmitglied Nunold beantragt einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Stellungnahme der Verwaltung zur plötzlichen Beendigung der Kundgebung am 14. März.

Der Vorsitzende gibt an dies sei kein Dringlichkeitspunkt zum Nachteil der Stadt. Bei der Auflösung der Versammlung handele es sich um Aufgaben, die die Stadt als Auftrag des Landes wahrnehme.

Frau Dr. Bucher ergänzt zudem, dass es sich nach § 34 Abs. 5 GemO nur um Auftragsangelegenheiten und nicht um Selbstverwaltungsangelegenheiten handelt und der Punkt somit nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden könne.

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 1: **Ergänzung von Ausschüssen**
(öffentlich) **Vorlage: 10/1036/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Herr Matthias Nunold wird als Nachfolger für Herrn Bernhard Schneider in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2

Amt 51

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 2:
(öffentlich)

Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen
Vorlage: 20/1026/2018

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage zur Vorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 20

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 3:
(öffentlich)

**Satzungsangelegenheit: Neufassung der Vergnügungssteuersatzung
der Stadt Zweibrücken**
Vorlage: 20/1028/2018

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der in der Anlage 1 beigefügte Entwurf einer „Satzung der Stadt Zweibrücken über die Erhebung von Vergnügungssteuer“ wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 20

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 4: Theater- und Konzertspielzeit 2018/2019 (von Oktober 2018 bis einschließlich April 2019) - Ermächtigung zum Abschluss von Gastspielverträgen
(öffentlich)
Vorlage: 41/1024/2018

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss von Gastspielverträgen für die Theater- und Konzertspielzeit 2018/2019 bis zu einem Höchstbetrag von 150.000,00 € wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den Vertragsabschlüssen ergebenden rechtlichen Verpflichtungen einzugehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 41

Punkt 5:
(öffentlich)

**Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Aufstellung des Bebauungsplanes BH 20 „Wilkstraße“**
**- Beschluss über die Fortführung des Verfahrens gem. § 13 a
BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung**
**- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem.
§ 3 Abs.1 BauGB**
**- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und
sonstigen Träger öffentlicher Belange (Scoping) gem. § 4 Abs. 1
BauGB**
Vorlage: 60/1039/2018

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und Herr Ehrmann, Bauamt, berichtet über ein Gespräch mit der SGD Süd zur Notwendigkeit eines Raumordnungsverfahrens. Um den Baumarkt zu erweitern, sei die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens notwendig. Auch der Wunsch von Möbel Martin auf 35.000 m² Verkaufsfläche zu erweitern und auf 3.500 m² Randsortimente anzubieten mache ein Raumordnungsverfahren erforderlich. Außerdem müsse ein Zielabweichungsverfahren eingeleitet werden. Die SGD Süd habe darauf hingewiesen, dass die Stadt ihr Einzelhandelskonzept fortschreiben müsse. Globus Baumarkt und Möbel Martin müssen ihre Anträge mit der Stadt abstimmen.

Über die Bedenken der Einzelhändler über eventuelle Umsatzeinbußen bei Erweiterung der Randsortimente der Verbrauchermärkte gibt der Vorsitzende an, man plane eine Informationsveranstaltung für die Einzelhändler der Innenstadt.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Die Fortführung des Verfahrens gem. § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Scoping) gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	1
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 6: **(öffentlich)**

Vergabeangelegenheit:
Erwerb einer Kommunallizenz von der KommWis GmbH für ein
Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitungssystem
(DMS/VBS-Gesamtlösung)
Vorlage: 10/1038/2018

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Nachfrage erläutert Herr Eschmann, Haupt- und Personalamt, dass sich die Entgeltstufe und die damit verbundene Kosten aus der Anzahl der Nutzer bei der Stadtverwaltung ergebe. Das System diene der Archivierung von Akten und der elektronischen Erfassung von Rechnungen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Stadt Zweibrücken erwirbt von der KommWis GmbH eine Kommunallizenz der Lorenz Orga-Systeme GmbH für eine DMS/VBS-Gesamtlösung, bestehend aus einem Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem mit entsprechenden Sachkomponenten. Dies umfasst das

- | | | |
|----|------------------------------------------|------------------------|
| 1. | Grundmodul | 1.166,67 €/Monat netto |
| 2. | Belegarchivierungsmodul – frühes Scannen | 832,00 €/Monat netto |

sowie jährliche Kosten für Schnittstellen pro Fachanwendung in Höhe von 240,00 €/Monat netto. Daneben fallen einmalige Dienstleistungskosten (Schulungen) an.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.1
Amt 14
Amt 20

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 7:
(öffentlich)

Vergabeangelegenheit:
Vergabe des Personalabrechnungs- und Managementsystems P&I Loga im Hosting-Verfahren an das Rechenzentrum KDZ in Mainz
Vorlage: 10/1040/2018

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Nachfrage erläutert Herr Eschmann vom Haupt- und Personalamt, dass man die Einsparungen nicht genau sagen könne. Es entfallen die Kosten für Anschaffung und Wartung der Server.

Die UBZ und Gewobau tragen weiterhin ein Teil der Kosten.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Das Personalabrechnungs- und Managementsystem P&I LOGA als ASP-Lösung wird zum Preis von 49.560 € an die Kommunale Datenzentrale (KDZ) Mainz vergeben. Die einmaligen Kosten für die Einführung von P&I LOGA betragen 5.864,00 zzgl. USt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.1

10.5

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 8: **(öffentlich)**

Resolution zum Erhalt des Kundencenters der AOK in Zweibrücken

Vorlage: 10/1033/2018/2

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und berichtet, dass ein Gespräch mit den Fraktionen, der AOK und den beiden Personen die die Unterschriften für den Erhalt gesammelt haben stattgefunden habe.

Nach Anmerkung einer redaktionellen Änderung im Resolutionstext fasst der Stadtrat

einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Resolutionstext wird wie vorgeschlagen an die allgemeine Ortskrankenkasse Rheinland-Pfalz/ Saarland übersandt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 9: **Einzelhandelskonzept / Überprüfung der Zweibrücker Liste**
(öffentlich) **Antrag der Fraktion der SPD**
 Vorlage: 10/1050/2018

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und Ratsmitglied Moulin erläutert den Antrag der SPD-Fraktion, dass das Einzelhandelskonzept Zweibrücker Liste überprüft werde. Auf Nachfrage gibt der Vorsitzende an, dass dafür externe Hilfe benötigt werde um ein Gutachten zu erstellen.

Der Vorsitzende sagt zu, den Punkt in den Bau- und Umweltausschuss zu verweisen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird in den Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1
Amt 60

Punkt 10: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

1 Anfrage von Ratsmitglied Gries

Zusammentreffen der Gewerkschaften und der Verwaltung am 01. Mai

Ratsmitglied Gries möchte wissen, warum dieses Jahr das Zusammentreffen der Gewerkschaften und der Verwaltung zum 01. Mai nicht stattfindet.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass es momentan schwierig sei, alle Termine wahrzunehmen und er an diesem Termin verhindert sei.

2 Anfragen von Ratsmitglied Moulin

Auflösung der Versammlung am 14. März 2018

2.1 Teilt die Verwaltung den jüngst von der CDU erweckten Eindruck, an der besagten Veranstaltung am 14. März auf dem hallplatz hätten linksradikale organisierte Störer teilgenommen bzw. gibt es dazu eigene Erkenntnisse, insbesondere bzgl. Der nach der Auflösung zurück gebliebenen Personengruppe?

2.2 Wie besorgt ist die Verwaltungsspitze, dass das Image der Stadt leidet, weil sich der eingangs beschriebene Eindruck verfestigt und was will die Stadt dagegen unternehmen?

2.3 Wann wurden zum letzten Mal die Strategien und Maßnahmen intensiv überprüft, die eine weitest gehende Einschränkung von rechten Kundgebungen und insbesondere (Fackel-) Märschen in der Innenstadt rechtlich möglich waren?

2.4 Vor dem Hintergrund des schrecklichen Vorfalls in Kandel und der daraus Kapital schlagenden rechten Propaganda hat die Landesregierung gemeinsam mit der Polizei den dortigen Behörden Unterstützung zugesagt. Ist die Verwaltung bereit, Kontakt zu den dortigen Behörden aufzunehmen, um zu klären,

- a. Welche Maßnahmen auf Zweibrücken übertragbar wären?
- b. Was man aus den dort gemachten Erfahrungen im Umgang mit rechter Propaganda lernen kann?

Antwort der Verwaltung:

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

3 Anfragen von Ratsmitglied Rimbrecht

3.1 Redeerlaubnis bezüglich der Auflösung der Versammlung am 14. März 2018

Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, ob es klug sei in einer Zuständigkeitsdebatte dem Rat nicht das Wort zu erteilen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an es wurde vorher alles geprüft und es gäbe keine andere Möglichkeit.

3.2 Baugenehmigung

Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, ob es klug sei in einem anderen Fall wo es um Baugenehmigungen ging, in einer Auftragsangelegenheit, dem Stadtrat den schwarzen Peter zuzuschieben.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

3.3 Diskussionen in der Presse/Internet

Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, ob es für das Bild der Stadt Zweibrücken zuträglich sei, dass Diskussionen auf Facebook und der Presse stattfinden, jedoch nicht im Stadtrat.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

3.4 Auflösung der Versammlung am 14. März 2018

3.4.1 Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, ob es geschickt war, eine Veranstaltung aufzulösen, die friedlich verlaufen sei und dabei noch mehr Menschen in die Stadt zu schicken, aus Angst davor, dass irgendwo in der Stadt zu viele Menschen seien.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

3.4.2 Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, ob das Ordnungsamt mit dem Auflösen der Versammlung einen Fehler gemacht habe, und deshalb die Debatten darüber entstanden seien.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

3.4.3 Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, ob es für das Bild der Stadt zuträglich sei, dass die „Nazis alles machen dürfen“ und die Veranstaltung der Linken beendet werde.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

3.4.4 Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, wieso man irgendwelche Gründe an den Haaren herbeiziehe um den Fehler der gemacht wurde im Nachhinein zu rechtfertigen.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

3.4.5 Vorab schriftlich gestellte Anfragen von Ratsmitglied Rimbrecht zur Auflösung der Versammlung:

1. War die Veranstaltung ordnungsgemäß angemeldet?
2. **Wer** hat die Entscheidung über die Auflösung getroffen?
3. Welche schwerwiegenden Verstöße gegen die Ordnung wurden **dem Veranstalter** vorgeworfen, die einen Abbruch gerechtfertigt hätten?
4. Anbringung von schwarzen Kreuzen durch den „Nationalen Widerstand“, die in mindestens einem Fall (nach eigenen Angaben der Täter) der Einschüchterung von bestimmten Personen dienen sollten
 - a. Wann wurden die Kreuze durch den „Nationalen Widerstand“ auf öffentlichem und auf privatem Grund widerrechtlich angebracht?
 - b. Haben die Veranstalter des „Nationalen Widerstandes“ während ihrer Veranstaltung auf die Einschüchterungsaktion hingewiesen?
 - c. Warum haben Polizei und Ordnungsamt diese Ordnungswidrigkeit nicht verhindert oder zumindest die Kreuze nicht umgehend entfernen lassen?

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

4 Anfrage von Ratsmitglied Dirk Schneider

Auflösung der Versammlung am 14. März 2018

Ratsmitglied Dirk Schneider möchte wissen, wann die Mitteilung über die Auflösung der Demonstration an die Polizei erfolgte.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

5 Anfragen von Ratsmitglied Burkei

Auflösung der Versammlung am 14. März 2018

5.1 Ratsmitglied Burkei will wissen, wie hoch durch die Sperrung der Fußgängerzone die Umsatzeinbußen im Einzelhandel waren?

5.2 Ratsmitglied Burkei will wissen, was die Verwaltung (Bürgermeister und Ordnungsdezernent) dazu sage, dass das Ordnungsamt eine angemeldete und genehmigte Kundgebung auflöste und dabei Grundrechte verletzte.

5.3 Ratsmitglied Burkei möchte wissen, was die Verwaltung unter einer Spontandemo verstehe?

5.4 Wieso sollten Teilnehmer vom Hallplatz nicht zum Alexanderplatz ziehen, während der Fackelzug des Nationalen Widerstands bei Musik Müller vorbeiziehen durfte?

5.5 Warum war kein Amtsleiter oder Sachgebietsleiter vor Ort?

5.6 Wieso darf sich der Pressesprecher zu der Situation äußern, aber nicht der Stadtrat?

Antwort der Verwaltung:

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Ratsmitglied Nunold zieht seine Anfrage zurück, da er die gleiche Anfrage wie Ratsmitglied Gries stellen wollte.

6 Anfragen von Ratsmitglied Kaiser

6.1 Zeitrahmen für die schriftlichen Anfragen

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, wie der Zeitrahmen zur Beantwortung der schriftlichen Anfragen sei.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, die Beantwortung erfolge so schnell wie möglich, in der Regel seien es bis zu vier Wochen.

6.2 Städtische Veranstaltung zum 14. März

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, warum die Stadt seit Jahren keine Veranstaltung zum 14. März organisiert.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

6.3 Tempo 30 Zone Oselbachstraße/Im Tempel

Ratsmitglied Kaiser bittet um Prüfung, ob man im Wohngebiet an der Oselbachstraße/Im Tempel wieder die Rechts-vor-Links-Regelung einführen könne, da nahezu alle Fahrzeuge sich nicht an die Tempo-30 Zone halten würden.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

7 Anfragen von Ratsmitglied Rauch

Durchführung einer Veranstaltung auf dem Herzogplatz

Ratsmitglied Rauch möchte wissen, ob sich die Verwaltung vorstellen könne, im nächsten Jahr am 14. März eine demokratische Veranstaltung auf dem Herzogplatz durchzuführen.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Vorab schriftlich gestellte Anfragen der CDU-Fraktion zur Auflösung der Versammlung:

- 1) Welche Gründe haben das Ordnungsamt veranlasst, die Demonstration des „Bündnis gegen Rechts“ zu beenden?
- 2) Wurden präventive Maßnahmen ergriffen, um eine Beendigung durch das Ordnungsamt zu verhindern und ggf. welche?
- 3) Wurden strafrechtlich relevante Vorfälle im Rahmen dieser Demonstrationen zum 14. März (z. B. Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte u. ä.) in den letzten 10 Jahren erfasst und ggf. welche bzw. wie viele?
- 4) Wurden ordnungsrechtliche Vorfälle (z. B. Platzverweise u. ä.) in den letzten 10 Jahren dokumentiert und wenn ja wie viele?
- 5) Wurden Verstöße gegen das Versammlungsrecht usw. in den letzten 10 Jahren begangen und wenn ja wie viele?
- 6) Welche Verstöße und Vorfälle sind hierbei welcher politischen Seite zuzuordnen?

Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, bei der Beantwortung dieser Frage keine allgemeinen Formulierungen zu gebrauchen. Uns ist bekannt, dass eine genaue Differenzierung der Gruppierungen während der Demonstrationen möglich ist und auch vorgenommen wird.

- 7) Welche Gruppierungen sind in den vergangenen Jahren als Initiatoren der Demonstrationen in Erscheinung getreten?
- 8) Haben diese Organisatoren die versammlungsrechtlichen Bestimmungen und Auflagen, aufgrund derer die Demonstrationen genehmigt wurden, erfüllt? Wenn nein, welche Verstöße fanden statt und von welcher Seite wurden diese begangen?
- 9) Welche Rolle spielt die Gruppierung „Solidarische Rose“ bei den Demonstrationen der letzten 10 Jahre?
- 10) Wie bewertet die Stadtverwaltung, dass auf der Webseite der „Solidarischen Rose“ eine verfassungsfeindliche Seite (linksunten.indymedia) verlinkt ist?
- 11) Ist bekannt, ob in den vergangenen Jahren die auf „linksunten.indymedia“ zur Verfügung gestellten Informationen und Handlungsanweisungen für Demonstrationen und Demonstrationstaktiken (z. B. Anschläge mit Farbbeuteln, Brandsätzen, Reizgas-Attacken, Angriffstechniken des schwarzen Blocks) auch im Rahmen von Zweibrücker Demonstrationen verwandt wurden? Wenn ja, in welcher Form?
- 12) Es ist bekannt, dass linksradikal organisierte Störer gezielt friedliche und demokratische Gegendemonstrationen nutzen, um gegen rechtsradikale Demonstrationen vorzugehen. War dieses Verhalten auch vor wenigen Tagen zu beobachten? Konnte dieses Verhalten auch in den letzten 10 Jahren beobachtet werden und ggf. wie oft?

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

13) Wurden in den vergangenen Jahren Maßnahmen von Seiten der Veranstalter unternommen, um Gegendemonstrationen vor entsprechender Instrumentalisierung linksradikaler Kräfte zu schützen?

14) Welche Kosten sind der Stadt Zweibrücken und dem Steuerzahler durch den Einsatz von Sicherheitskräften bei Demonstration und Gegendemonstration entstanden?

15) Gab es Verletzungen bzw. Dienstausfallzeiten/Krankenscheine beim Ordnungsamt bzw. bei der Zweibrücker Polizei infolge der Ausschreitungen und Übergriffe bei den Demonstrationen und ggf. welche?

Antwort der Verwaltung:

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

8 Anfragen von Ratsmitglied Weber

Markierung bei Einfahrt VR-Bank

Ratsmitglied Weber merkt einen möglichen Unfallschwerpunkt von der Kaiserstraße kommend an der Kreuzung am Arbeitsamt Richtung Bahnhof an. Die dortige Markierungslinie bei der VR-Bank sei durchbrochen und Autos würden dort stehen bleiben, andere würden an der Linksabbiegerspur an demjenigen vorbeifahren. Er bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die Markierung wieder durchgezogen werden kann und ob man einen Pfeil in Richtung geradeaus markieren könne.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

9 Anfragen von Ratsmitglied Schanne-Raab

Auflösung der Versammlung am 14. März 2018

9.1 Hatte das Ordnungsamt Erkenntnisse, dass von der Veranstaltung Gefahren ausgingen?

9.2 Ist das öffentliche Interesse da, die Einschüchterungsversuche in Form der schwarzen Kreuze weiterzuverfolgen?

9.3 Wie geht die Verwaltung mit der Lärmbelästigung in der Fußgängerzone durch den Nationalen Widerstand in Form von Musik um?

Antwort der Verwaltung:

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

10 Anfragen von Ratsmitglied Burkei

Aufstellung der Kreuze

Ratsmitglied Burkei möchte wissen, ob es bei der Aufstellung der wild aufgestellten schwarzen Kreuze zu einem Bußgeldverfahren kommt.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Punkt 11: **Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse** **(öffentlich)**

Der Vorsitzende gibt die im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt:

1. Dem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages wurde zugestimmt.

35. Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:31 Uhr.

Der Vorsitzende

Christian Gauf
Bürgermeister

Die Schriftführer

Jörg Eschmann

Natascha Weick